

Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Georges Pompidou (Paris, 25. Januar 1971)

Legende: Anlässlich der Konsultationen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) am 24. und 25. Januar 1971 einigen sich der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt und der französische Staatspräsident Georges Pompidou auf eine Reihe von Maßnahmen zur Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Quelle: PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [VS-Bd. 10091 (Ministerbüro)].

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amtes bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung_des_gesprachs_zwischen_willy_brandt_und_georges_pompidou_paris_25_januar_1971-de-02fd2a22-3812-4826-b9fa-4631454521f2.html

Publication date: 03/07/2013

Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou in Paris (25. Januar 1971)

Der Herr Bundeskanzler führte am 25. Januar 1971 um 12.00 Uhr in Paris ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten Pompidou.

Staatspräsident Pompidou begrüßte den Herrn Bundeskanzler zu diesem traditionellen Treffen, das zu einer Zeit stattfindet, zu der diese Gespräche sicherlich alles andere als bloßen Routinecharakter hätten.

Der Herr Bundeskanzler bemerkte, er wolle zunächst einige Worte zu Westeuropa sagen. Die Pressekonferenz von Herrn Pompidou habe er mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Er wolle sofort klarmachen, daß er keinem institutionellen Perfektionismus und keinen integrationspolitischen Abstraktionen nachjage. Vielleicht aber ließen sich jetzt gewisse praktische Schritte tun. Aus deutscher Sicht gehe es darum, die westeuropäische Zusammenarbeit und Einigung zu festigen und auszubauen. Dies sei für Deutschland auch wegen seiner Situation gegenüber dem Osten erforderlich. Hier und da könne man in der französischen Presse lesen, einige Leute in der Bundesregierung wollten die Diskussion über die Wirtschafts- und Währungsunion so hoch ansetzen, daß gar nichts herauskommen könne, damit die Bundesregierung freiere Hand gegenüber dem Osten habe. Diese Auffassung sei völlig falsch. Er sei sicher, daß Staatspräsident Pompidou diese Auffassung nicht teile. Die Bundesregierung wolle Fortschritte im westeuropäischen Verhältnis gerade auch wegen ihres Verhältnisses nach Osten. Worum es der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion gehe, sei eine klarere Vorstellung über das, was nach der ersten Phase komme. Er sehe hier gewisse Berührungspunkte zwischen den neulichen Ausführungen von Staatspräsident Pompidou und seinem eigenen Denken. Natürlich könnten die deutsche und die französische Regierung die Verhandlungen unter den Sechs nicht vorwegnehmen, die in den nächsten Monaten im Ministerrat zu führen seien. Sie könnten auch nicht für andere Entscheidungen treffen. Wenn ihre Auffassungen aber nahe beisammen seien, werde dies zweifellos für eine Lösung in Brüssel hilfreich sein. Man dürfe wohl davon ausgehen, daß beide Seiten wie zur Zeit der Haager Konferenz im Dezember 1969 die Auffassung vertreten, der Gemeinschaft müsse eine neue Qualität gegeben werden. Des weiteren gehe er davon aus, daß beide Seiten den politischen Willen hätten, innerhalb einer überschaubaren Zeit den Gesamtprozeß abzuwickeln, wobei es hier letztlich nicht darauf ankomme, ob diese überschaubare Zeit nun zehn oder zwölf Jahre dauere. Sicherlich bestehe auch die im Juli in Bonn getroffene Vereinbarung fort, daß zwischen den wirtschafts- und währungspolitischen Schritten eine effektive Parallelität gegeben sein müsse. Er habe nun den Eindruck, daß in Brüssel (wo vor Weihnachten nicht alles gerade zum besten gelaufen sei) einige wichtige Absichtserklärungen in Vorbereitung seien. Es gehe dabei zunächst einmal darum, daß die Gemeinschaft die Befugnisse haben müsse, welche eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordere, damit die Organe der Gemeinschaft in der Lage seien, wirksam und schnell zu handeln. Er sage sofort, daß er nicht auf das festgelegt sei, was einige Leute vor zehn Jahren für notwendig gehalten hätten. Als Außenminister habe er in Brüssel seinen eigenen Eindruck gewonnen und besitze eigene Vorstellungen über ein besseres Funktionieren der Organe. Er sage bewußt „Organe der Gemeinschaft“, ohne in weitere Einzelheiten zu gehen. Offensichtlich aber sei, daß im Währungsbereich manchmal sehr schnelle Aktionen möglich sein müßten, denn dort könne man nicht so lange debattieren wie etwa in der Agrarpolitik. Grundsätzliches Einvernehmen scheine ihm auch darin zu bestehen, daß die nationalen Zentralbanken in einer europäischen Zentralbankorganisation zusammengefaßt werden müßten. Es sollte außerdem möglich sein, zu einer Verständigung darüber zu kommen, daß man vor Abschluß der ersten Phase schon vereinbart, wie es weitergehen solle, und sich dabei auch über Termine einig wird. Aufgrund der Erfahrung werde man dann feststellen müssen, ob ein Verfahren nach Artikel 235 oder 236 in Gang zu setzen sei. Er sage heute noch nicht, daß dies notwendig sein werde, schließe es andererseits aber nicht aus.

Staatspräsident Pompidou erklärte, er nehme nichts von dem zurück, was er in Den Haag oder im vergangenen Juli in Bonn gesagt habe. Einige Dinge hinsichtlich der Gemeinschaft seien bereits geschehen, und andere Fortschritte in anderen Bereichen seien ins Auge gefaßt. Er selbst habe in Den Haag mehrere Anregungen gemacht, die aber bisher noch nicht sehr zum Tragen gekommen seien. Es sei jedoch versucht worden, ein Schema für eine Wirtschafts- und Währungsunion zu erstellen. In dieser Beziehung teile er die Überzeugung des Herrn Bundeskanzlers, daß man nicht Fortschritte in einem dieser Bereiche erzielen

könne, ohne gleichzeitig Fortschritte auch im anderen Bereich zu machen. Wirtschaft und Währung müßten mehr oder weniger im Gleichschritt marschieren. Über die Definition des Endzieles der Wirtschafts- und Währungsunion sei man sich wohl einigermaßen einig, wobei natürlich die Einzelheiten noch festzulegen seien. Jedenfalls könne sich jeder in etwa vorstellen, wie eine Wirtschafts- und Währungsunion in ihrer endgültigen Gestalt aussehen sollte. Im Augenblick nun gehe es um folgende Fragen: 1) Fristen, 2) Etappen und 3) die zu ergreifenden Maßnahmen, damit in jeder Etappe auch die notwendigen kommunitären Anpassungen vorgenommen würden. Zu den Fristen habe der Herr Bundeskanzler gesagt, man müsse sie so festlegen, daß man sich ein vernünftiges Ziel setze, wobei nicht ausschlaggebend sei, ob der Zeitraum nun zehn oder zwölf Jahre betrage. Jedenfalls gehe es darum, die Nebel zu zerteilen. Diese Auffassung teile er voll und ganz. Er sehe keinen Einwand dagegen zu erklären, daß man beabsichtige, in etwa einem Jahrzehnt zum Abschluß zu kommen. Allerdings dürfe man keine juristische Frist festlegen. Was nun die Etappen anbelange, so sei in etwa klar, wie die erste aussehen solle, dagegen herrsche noch Unklarheit über die zweite Etappe. Zur ersten hätten alle gesagt, sie solle rund drei Jahre umfassen, und dagegen erhebe er keinen Einwand. Während dieser Etappe solle eine automatische Verbindung der nationalen Währungen untereinander erstellt und damit die Bandbreite der Variationen verengt werden. Damit gehe Hand in Hand eine gegenseitige Verpflichtung zur Stützung schwacher Währungen. Hier liege wohl eine Hauptsorge der Bundesregierung und insbesondere von Herrn Schiller, die er durchaus für gerechtfertigt halte. Man könne ihr vielleicht dadurch begegnen, daß man ein System erfinde, wonach die Solidarität im Fall der Krise für eine Gemeinschaftswährung vorübergehend ausgesetzt werden könnte, damit die anderen Gemeinschaftspartner das betreffende Land zu einer Währungsgesundungspolitik zwingen könnten, wie dies heute im Internationalen Währungsfonds schon der Fall sei. Im augenblicklichen Plan sei dies noch nicht vorgesehen. Es sollte jedoch möglich sein, eine entsprechende Bestimmung zu finden.

Der Herr Bundeskanzler sagte, Herr Schiller jage nicht etwa irgendeinem institutionellen Perfektionismus nach, vielmehr bezögen sich seine Sorgen auf zwei Punkte. Gehe man nicht über die erste Phase hinaus, dann könnte das Begonnene eher zur Krise als zu einem Fortschritt führen, insbesondere wenn man an die Erweiterung denke. Deswegen wolle die Bundesregierung zwar kein juristisches Junktim, aber doch die politische Willenserklärung, daß man vor Ende der ersten Phase eine Einigung über das weitere Vorgehen erzielen wolle. Die zweite Sorge beziehe sich auf die Stellung der Bundesbank, die ja durch eine starke Unabhängigkeit geprägt sei. Die Herren der Bundesbank wüßten, daß ihre Position durch den europäischen Prozeß gewisse Veränderungen erfahren werde. Man müsse sie also überzeugen und außerdem eventuell auch gewisse gesetzliche Bestimmungen in Deutschland ändern. Er bitte Herrn Pompidou, diesen Unterschied in der Stellung der Bundesbank im Gegensatz zur Banque de France bei seinen Überlegungen zu berücksichtigen.

Staatspräsident Pompidou erwiderte, er habe den Eindruck, daß zwei Befürchtungen vorhanden seien. Die eine laute, daß man in der ersten Phase eine starke Verpflichtung eingehe und deswegen wissen müsse, auf welches Ziel man zugehe. Hier sei sicherlich eine Absichtserklärung erforderlich, und er sei seinerseits dazu bereit. Die zweite Befürchtung gelte der Vorbereitung von Maßnahmen, die der ersten Phase zu folgen hätten. Auch hier habe er natürlich nichts einzuwenden, befürchte aber ein bißchen den Eifer der Institutionen. Die nationalen Minister seien mit Arbeit belastet und folglich werde die Kommission, die ja sage, ihre Rolle bestehe darin, Vorschläge zu machen, an die Arbeit gehen und dabei zu Vorschlägen kommen, welche jeweils größere Befugnisse für die Kommission zum Inhalt hätten. Nach seiner Ansicht aber seien Befugnisse für die Gemeinschaft in Wirklichkeit Befugnisse der Regierungen. Gegen einen Kompetenztransfer an die Gemeinschaft habe er nichts einzuwenden, aber er sei sehr dagegen, wenn man im Rahmen der Gemeinschaft Befugnisse von einem Organ auf ein anderes übertrage, d.h. also zum Beispiel, Befugnisse des Ministerrates an die Kommission weitergebe. Was die Zentralbanken anbelange, so gebe es jetzt schon Treffen der Zentralbankpräsidenten. Zweifellos werde es in der ersten Phase notwendig sein, daß diese Zentralbankpräsidenten sich systematischer träfen. Dabei konnten sie ihrerseits Befugnisse an eines ihrer Mitglieder übertragen, der zum Beispiel den Vorsitz in ihren Sitzungen führe, wobei der Vorsitz in ziemlich schneller Folge zu rotieren hätte, damit nicht ein Zentralbankpräsident allzu lange diese Befugnisse inne habe. Dagegen habe er nichts einzuwenden. Die Organisation der Zentralbankpräsidenten müsse schnell handlungsfähig sein, andererseits aber dem Ministerrat unterstehen und ihm verantwortlich sein. Im Falle einer Krise müßten die Regierungen zusammentreten und die Entscheidungen treffen. Solche Entscheidungen könnten nicht einfach durch eine Zentralbankorganisation der Gemeinschaft getroffen

werden. Er wisse im übrigen, daß gerade die Engländer sehr beunruhigt seien über diesen Aspekt einer Wirtschafts- und Währungsunion. Sie wollten auf keinen Fall, daß eine Zentralbankorganisation ihren Willen eigenständig durchsetzen könnte. In dieser Frage stehe Frankreich näher an Deutschland als an der englischen Auffassung.

Der Herr Bundeskanzler wiederholte, er sage lediglich, „die Organe der Gemeinschaft“ müßten schnell genug und wirksam genug die Probleme lösen können, denen sie gegenüberstünden. Im übrigen sei er völlig offen. Ihm gehe es nicht etwa darum, die Stellung der Kommission gegenüber dem Ministerrat zu stärken. Er sei aufgeschlossen für jede vernünftige Überlegung. Abgesehen von dem Verhältnis zwischen Ministerrat und Kommission sei er im übrigen der Meinung, auch der Ministerrat selbst habe sich in der Vergangenheit nicht immer bewährt. Tatsächlich gebe es ja nicht nur einen Ministerrat, wie der Vertrag es ursprünglich vorgeschrieben habe, sondern mehrere Räte, wobei der eigentliche Ministerrat infolge der Spezialisierung nicht immer genügend über das informiert sei, was in den Nebenräten vor sich gehe. Wenn er von „Organen“ spreche, so werfe dies auch die Frage eines parlamentarischen Gremiums in künftigen Jahren auf. Er habe sich manchmal gefragt, ob der im Romvertrag beschrittene Weg wirklich der vernünftigste sei, oder ob nicht etwas dem deutschen Bundesrat Vergleichbares besser geeignet wäre als parlamentarisches Gremium der Gemeinschaft. Aber es sei natürlich sehr schwer, das Denken hier anders zu orientieren. Was er eben gesagt habe, liege ziemlich weit von dem entfernt, was die überwiegende Zahl der Bundestagsabgeordneten denke. Die Bundesregierung sehe sich stärker als die französische Regierung dem beständigen Wunsch der Parlamentarier ausgesetzt, die Befugnisse des Parlaments zu vergrößern. Der Herr Bundeskanzler wiederholte, wenn er von „Organen“ spreche, dann sei er ganz und gar nicht etwa darauf festgelegt, daß aus der Kommission eine Art Regierung hervorgehen könnte. Er verstehe sehr wohl die Vorstellung von Herrn Pompidou, daß die Gemeinschaftsverantwortung - insbesondere wenn es um politisch substantielle Dinge gehe - eher beim Ministerrat liegen müsse. Diese Fragen könne man aber in aller Ruhe mit den Partnern besprechen. Die Bundesregierung jedenfalls sei keineswegs dogmatisch. Bei einigen Partnern allerdings seien die Schwierigkeiten besonders groß.

Staatspräsident Pompidou erklärte, er wäre mit folgendem einverstanden:

- die erste Phase zu organisieren mit einer Vorsichts- oder Sicherungsklausel für den Fall, daß eine nationale Währung praktisch abgewertet werde, die betreffende Regierung aber nicht die erforderlichen Gesundungsmaßnahmen durchführe;
- vorzusehen, daß die Regierungen während der ersten Phase beabsichtigen, mit Hilfe der Kommission die Maßnahmen zu prüfen, die erforderlich sind, um in der zweiten Phase in eine Wirtschafts- und Währungsunion zu kommen;
- zu erklären, daß bei dieser Vorbereitung die wirtschaftlichen, fiskalischen, haushaltsmäßigen, sozialen, finanziellen und währungspolitischen Aspekte einer allgemeinen Harmonisierung der jeweiligen nationalen Politik geprüft werden müßten;
- die Absicht zu erklären, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die „Organe der Gemeinschaft“ instand zu setzen, diesem neuen Stadium auf dem Weg zur Wirtschaftsintegration gerecht zu werden;
- dies könne ebenfalls Veränderungen des Romvertrages erforderlich machen, und dazu gebe es ja schon im Vertrag die Artikel 235 und 236 - er sehe nur nicht recht ein, warum man das denn auch noch jeden Tag laut sagen müsse; es gebe diese Artikel, und folglich könne Frankreich gar nicht gegen die Anwendung dieser Artikel eingestellt sein; die Möglichkeit zur Änderung des Romvertrages sei also gegeben, er halte die Notwendigkeit solcher Änderungen sogar für wahrscheinlich; er habe deswegen immer ein bißchen den Verdacht, daß einige Leute, insbesondere die Holländer, durch ständigen Verweis auf Institutionen die Gemeinschaft in eine Richtung lenken möchten, die sie ständig vertreten hätten, die aber nicht den französischen Vorstellungen entspreche;
- das allgemeine Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion zu definieren;

- zu erklären, daß dieses Ziel binnen kurzestmöglicher Frist erreicht werden soll.

Mit all dem sei er einverstanden.

Der Herr Bundeskanzler sagte, schon daraus ließen sich ohne Schwierigkeiten vier oder fünf politische Absichtserklärungen machen, die, wenn sie von Frankreich und Deutschland gemeinsam vertreten würden, Fortschritte in Brüssel zulassen sollten. Im übrigen halte er es nicht für ein Malheur, wenn man etwas mehr Zeit für diese Dinge brauche.

Staatspräsident Pompidou bemerkte, er sei kein Diplomat, sondern spreche frei von der Leber. Er sage ganz klar, daß man natürlich auch Großbritannien im Auge behalten müsse, das sich im Augenblick wohl noch etwas im Stadium des Humors befinde und alles versuche, um für sich die bestmöglichen Bedingungen herauszuschlagen. Großbritannien sei folglich derzeit bereit, zu den Grundsätzen und insbesondere zu den Institutionen jede gewünschte Aussage zu machen. Er sei aber sicher, daß es, sobald es einmal in der Gemeinschaft sei, zu den stärksten Gegnern jeder Supranationalität gehören werde. Gehe man also zu weit, so laufe man auch Gefahr, Verpflichtungen einzugehen, die dann in der Praxis durch Großbritannien wieder demoliert würden. Im übrigen werde es auch ganz erkleckliche praktische Schwierigkeiten aufwerfen, wenn die Gemeinschaft zehn Mitglieder zähle. Man müsse sich jetzt schon darüber Gedanken machen, was dann zu tun sei. Aus diesem Grunde habe er von Europa-Ministern gesprochen, weil es einfach nicht ausreiche, wenn man einmal alle zwei Monate zusammenkomme, sondern vielmehr müsse man in ständigem Kontakt stehen.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er habe diesen Teil der Pressekonferenz nicht ganz verstanden und wäre dankbar, wenn Präsident Pompidou darüber noch etwas sagen würde. Wenn man in den Regierungen Europa-Minister einrichte, dann könnten sie wohl nur Koordinationsminister sein, weil man sonst aus vielerlei Verwaltungen Teile herausreißen und neu zusammenfügen müßte, was große Schwierigkeiten bereiten würde. Er frage sich, ob eine denkbare Entwicklung nicht darin liege, die ständigen Vertreter nicht mehr mit Karriere-Diplomaten zu besetzen, sondern mit Persönlichkeiten, die Kabinettsrang hätten.

Präsident Pompidou warf ein, er sei bereit, einer solchen Anregung zu folgen. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, der Gedanke, die Europa-Minister könnten eines Tages nicht mehr eine nationale, sondern eine europäische Verantwortung wahrnehmen, stelle einen Sprung dar, den er sich schlecht vorstellen könne.

Präsident Pompidou bemerkte hierzu, dies seien Überlegungen, die sich auf die fernere Zukunft bezögen. Sie bedeuteten jedoch, daß es eines Tages eine europäische Regierung geben würde, die Befugnisse besäße, welche ihr von den nationalen Regierungen übertragen worden wären. In der Endphase mit einer europäischen Regierung werde es natürlich dann auch ein europäisches Parlament geben müssen, weil es dann Verantwortlichkeiten gäbe, die nicht länger bei den Staaten lägen, sondern echte Verantwortlichkeiten der europäischen Regierung wären. Er sei Anhänger einer Institution ähnlich dem Bundesrat. Natürlich müsse man auf diesem Wege vorsichtig vorgehen, weil sonst die Gefahr bestünde, daß das ganze zerbräche. Man müßte damit anfangen, daß in einer europäischen Regierung ein Vertreter jeder Nation säße, der die Belange dieser Nation zu wahren hätte. Im weiteren Verlauf werde es notwendig sein, daß dieser Anfang einer europäischen Regierung sich allmählich aus den bloß nationalen Verantwortlichkeiten weiterentwickle zu eigenständigen Zuständigkeiten, wozu es dann ein europäisches Parlament geben müsse. Er sei in dieser Sache ganz und gar nicht dogmatisch. Wie das im einzelnen vor sich gehen würde, könne man sich im Augenblick natürlich noch schwer vorstellen. Ein gewisses Vorbild liege vielleicht in der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik. In Deutschland bestehe zur Zeit, wenn er es richtig sehe, eine gewisse Tendenz, Fragen, die ursprünglich reine Ländersache gewesen seien, nun zum Teil auf Bundesebene zu verlagern. Etwas Ähnliches könnte möglicherweise auch auf europäischer Ebene geschehen. Aber das alles seien Dinge, die er selbst und vielleicht auch der Herr Bundeskanzler wohl nicht mehr unbedingt erleben würden.

Der Herr Bundeskanzler verwies auf die dritte Möglichkeit in der Struktur der Bundesrepublik, nämlich die konkurrierende Gesetzgebung, die ebenfalls gut funktioniere. Ähnliches könnte man sich auch für Europa vorstellen. Allerdings sei das alles doch noch etwas Zukunftsmusik.

Nach einer weiteren Erläuterung der föderalistischen Struktur durch den Herrn Bundeskanzler sagte Präsident Pompidou sehr emphatisch, er wolle zwei Dinge: Er wolle erstens zuschreiten auf den Weg zur europäischen Union, und er wolle dies zweitens vorsichtig und elastisch tun. Der Bundesregierung liege Elastizität vielleicht sogar noch mehr am Herzen als Frankreich, weil sie ein Grundziel habe, und zwar berechtigt habe, nämlich die Wiedervereinigung. Man könne folglich gar nicht anders als wünschen, daß die Organisation Westeuropas elastisch geschehe.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, dies stimme, aber gleichzeitig sei man in der Bundesrepublik zu der Überzeugung gelangt, daß das deutsche nationale Problem nicht isoliert gelöst werden könne, sondern nur dann eine Regelung erfahren könne, wenn das Verhältnis zwischen den Teilen Europas sich verändere. Die Sorgen, die man gegenüber Deutschland aus der Vergangenheit hege, würden verringert durch eine aktive deutsche Beteiligung an diesem Prozeß, der freilich mit Vorsicht und Gewissenhaftigkeit vor sich gehen müsse.

[...]